

Nach den Beiträgen von Thomas Meyer (*Die SPD muss erkennbar bleiben*) und Albrecht von Lucke (*Was fehlt der Sozialdemokratie?*) in der Ausgabe 6/2015 sowie Gesine Schwan (*Das Profil schärfen*) und Karsten Rudolph (*Riskante Diskurse wagen*) in der Ausgabe 7+8/2015 setzen in dieser Ausgabe Johano Strasser und Thorsten Schäfer-Gümbel die Essay-Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie fort.

Johano Strasser

Ach, SPD!

Vor einiger Zeit hat Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung von der »Verzweigung der SPD« gesprochen. Der SPD, so Prantl, fehle »der Wille zur Macht, der Wille zur Veränderung, der Glaube an eine politische Alternative«. Die SPD sei zur »Aufpasserpartei« geworden, die sich schon damit zufriedengebe, zu verhindern, dass der übermächtige Koalitionspartner CDU/CSU alles allein bestimme. »Eine bloße Aufpasserpartei«, so Prantl, »ist nicht Volks-, sondern Funktionspartei« wie einst die FDP, und als Funktionspartei brauche sie nicht einmal die 25 %, die ihr zurzeit noch zugetraut werden. Da reichen auch 15 % oder weniger.

Es fällt nicht leicht, den Zustand der SPD nüchtern zu beurteilen, wenn man der Partei über viele Jahrzehnte hinweg aus guten Gründen, wie ich immer noch meine, verbunden ist. Aber muss man nicht einräumen, dass die Prantlsche Diagnose mehr als nur ein Körnchen Wahrheit enthält? Was außer ihrer – durchaus honorigen – Aufpasserrolle in der Großen Koalition zeichnet die SPD heute noch aus? Was ist sie, was könnte sie sein, wenn sie sich nicht einreden ließe, sie müsse dem von der Merkel-Union vorgezeichneten Erfolgsweg folgen und immer mal wieder mit den neoliberalen Wölfen heulen, um überhaupt noch Gehör zu finden?

1928, ein Jahr vor der Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland die Nationalsozialisten an die Macht brachte, hielt der britische Ökonom John Maynard Keynes vor den erlauchten Mitgliedern des »Political Economy Club« in Cambridge eine Rede mit dem Titel *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*. In dieser Rede dachte er darüber nach, wie die Welt in 100 Jahren aussehen könnte, und kam zu dem Schluss, dass die Menschheit »unter der Annahme, dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden«, schon bald in allgemeinem und gesichertem Wohlstand leben könne und dabei im Durchschnitt nicht mehr als 15 Stunden in der Woche zu arbeiten brauche.

Eine bedingte Prognose, deren Prämisse – keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung – wie wir wissen schon bald hinfällig war. Aber es geht hier auch gar nicht darum, ob Keynes mit seiner Prognose richtig lag oder nicht. In einer Zeit des scheinbar ungetrübten und doch mit nervösen Ängsten unterlegten *business as usual* entwickelte er eine kühne Zukunftsvision, die den Raum des Möglichen für eine bisher allenfalls von belächelten Utopisten erwogene Alternative öffnete:

»Ich sehe deshalb für uns die Freiheit«, sagte er, »zu einigen der sichersten und zuverlässigsten Grundsätze der Religion und der althergebrachten Werte zurückzukehren – dass Geiz ein Laster ist, das Eintreiben von Wucherzinsen ein Vergehen, die Liebe zum Geld abscheulich, und dass diejenigen am wahrhaftigsten den Pfad der Tugend und der

maßvollen Weisheit beschreiten, die am wenigsten über das Morgen nachdenken. Wir werden die Zwecke wieder höher werten als die Mittel und das Gute dem Nützlichen vorziehen. Wir werden diejenigen ehren, die uns lehren können, wie wir die Stunde und den Tag tugendhaft und gut vorbeiziehen lassen können, jene herrlichen Menschen, die fähig sind, sich unmittelbar an den Dingen zu erfreuen, die Lilien auf dem Feld, die sich nicht mühen und die nicht spinnen.«

Ein Ökonom, der sich über die Konventionen und Denkwänge seines Fachs erhebt und auf das verweist, was der eigentliche Sinn und Zweck der Ökonomie ist: nicht Wachstum, nicht immer höhere Renditen, auch nicht Arbeitsplätze und ständig steigender Konsum, sondern die Ermöglichung eines guten Lebens, eines Lebens in Frieden und gesichertem Wohlstand, in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, nicht nur für wenige, sondern für möglichst alle. Welcher Ökonom, welcher Politiker, auch welcher sozialdemokratische Politiker würde sich heute wohl eine derartige Kühnheit erlauben? Haben sich nicht längst auch Sozialdemokraten einreden lassen, der technische und ökonomische Fortschritt, das »Schneller, Höher, Weiter« und das »Immer Mehr«, das uns das gierige Kapital diktiert, sei das eigentliche Ziel allen menschlichen Hoffens und Strebens und nur die Partei habe Anspruch auf ökonomische Kompetenz, die widerspruchlos diesen Götzen dient?

In den Parteiprogrammen der SPD – das ist wahr – wird gefordert, dass Ökonomie und Technik den Menschen zu dienen haben und nicht umgekehrt; wenn ein Parteijubiläum zu feiern ist, wenn eine verdiente Genossin oder ein verdienter Genosse verabschiedet wird, ist gelegentlich immer noch vom demokratischen Sozialismus die Rede, werden sozialdemokratische Werte und Tugenden beschworen. Aber wenn Sozialdemokraten die Ärmel hochkrepeln und Politik machen, wenn ein sozialdemokratischer Wirtschafts- oder Finanzminister seine ökonomische Kompetenz beweisen möchten, dann frönen sie gewöhnlich einem Pragmatismus, der unbeschrieben als unerlässliche Voraussetzung sozialdemokratischer Politik akzeptiert wird, was doch eigentlich daraufhin zu überprüfen wäre, ob es tatsächlich den im Programm beschworenen Prinzipien genügt und dem Wohl der Menschen dient.

*»Die Zwecke
wieder höher
werten als die
Mittel«*

»Die Zwecke wieder höher werten als die Mittel«, das ist der befreiende Blickwechsel, der uns in dem zitierten Text von Keynes offeriert wird. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die tragende und legitimierende Vision, die aller ökonomischen und politischen Geschäftigkeit erst ihre Richtung und ihren Sinn geben soll. Wie wollen wir leben? Was von dem, was uns als Zukunft angedient wird, bejahen wir, weil es unseren übergeordneten Werten und Zwecken entspricht, was wollen wir verhindern? Wie soll die Gemeinde, das Land, der Kontinent, die Welt, in der wir leben, in Zukunft aussehen?

Eine Diskussion über diese Fragen wird in der SPD seit Langem nicht mehr geführt. Sie wird der Partei auch nicht abverlangt, schon lange nicht von den Medien, für die Politik meist nur ein finftenreiches Gerangel um Posten und Macht ist. Eigentlich diskutieren die Mitglieder der SPD überhaupt nicht mehr, sie meckern allenfalls über »die da oben«, die sich wie Wetterfahnen im Wind drehen und doch über 25 % nicht hinausgelangen, sie meckern wie die Mehrheit des Volkes über abgehobene und unfähige Politiker und kommen gar nicht auf die Idee, dass sie selbst durch ihre Lethargie »die da oben« nach oben gebracht haben und dort oben halten.

Natürlich, das politische Geschäft ist schwierig, und Besserwisser haben es leicht, weil sie für ihre Patentrezepte keine Mehrheit gewinnen müssen und sie nicht der Praxisprobe aussetzen. Aber gerade weil alles so kompliziert ist, weil so viele unterschiedliche Inte-

ressen berücksichtigt werden, jede politische Entscheidung in ein Geflecht von Interdependenzen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene eingepasst werden muss, ist es wichtig, dass wenigstens die Grundlinien der politischen Auseinandersetzung einigermaßen klar markiert werden. Welches Europa will die SPD? Wie stellt sich die SPD die ländlichen und urbanen Lebensräume der Zukunft vor? Welches Verkehrssystem, welches Energiesystem präferiert sie? Wie ist das soziale Sicherungssystem weiterzuentwickeln, damit es der demografischen Veränderung und den sich wandelnden Lebensansprüchen der Menschen gerecht wird? Wie wollen wir den gewandelten Ansprüchen an Bildung gerecht werden? Wie viel Ungleichheit ist die Partei bereit zu tolerieren?

Die Aufzählung einzelner sozialdemokratischer Erfolge im Rahmen der Großen Koalition ersetzt kein programmatisches Profil. Die Tatsache, dass die SPD sich so schwer tut, ein eigenständiges Profil zu gewinnen, hängt auch nicht damit zusammen, dass, wie gelegentlich in den Medien behauptet wird, die Merkel-CDU im Grunde eine Sozialdemokratie im bürgerlichen Gewand ist. Wenn die SPD ihre eigene Grundsatzprogrammatik ernst nähme und sich endlich kritisch mit ihrer eigenen neoliberalen Verirrung auseinandersetze, wäre sie durchaus erkennbar. Warum sagen wir nicht klar, dass wir ein föderales Europa anstreben, dessen doppelte Legitimation sich aus einem Europäischen Parlament mit Gesetzesinitiative und Budgetrecht auf der einen und einem zur zweiten Kammer erweiterten Rat speist? Warum verteidigen wir nicht selbstbewusst und entschlossen die europäische Tradition der öffentlichen Daseinsvorsorge gegen die Privatisierungswut der Neoliberalen? Warum sehen wir mehr oder weniger tatenlos zu, wie die Welt von wenigen großen Konzernen und einer zynischen Geldelite zugrunde gerichtet wird?

Ein Viertel der abgegebenen Stimmen für die SPD bei Bundestagswahlen, hier und da ein wenig mehr bei einer Landtags- oder Kommunalwahl, das reicht nicht mehr, um sich stolz »Volkspartei« zu nennen. Wegen der unaufhaltsam abnehmenden Wahlbeteiligung entspricht das Viertel der Wählerstimmen, das ihr zurzeit zugetraut wird, demnächst nur noch einem Achtel der Wahlberechtigten! Für die Mehrheitsbeschaffung in einer Großen Koalition, für business as usual mag das eine Zeit lang gerade noch ausreichen, und wenn man sich bei Koalitionsverhandlungen geschickt anstellt, ergibt sich sogar ein wenig Spielraum für kleinere sozialdemokratische Akzente. Aber lässt sich so sozialdemokratische Politik machen, die diesen Namen verdient?

Die Grundlinien der Politik in diesem Land und in Europa bestimmen Sozialdemokraten schon länger nicht mehr. Und das letzte Mal, als sie mit Tony Blair und Gerhard Schröder kurzzeitig Furore machten, opferten sie einen Großteil ihrer Prinzipien dem neoliberalen Zeitgeist. Der Superminister Wolfgang Clement, ein Eigengewächs der nordrhein-westfälischen SPD, verlangte vor allem mehr Toleranz gegenüber Ungleichheit, um Investitionen anzulocken. Jeder Sozialdemokrat weiß es, aber so gut wie keiner spricht darüber: Ein Großteil der Probleme, mit denen wir uns heute herumschlagen – die rasant gestiegene Ungleichheit, die Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses, die finanzielle Ausblutung des Staates, die Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge – haben wir zum Teil selbst geschaffen. Kein Wunder, dass der Vertrauensverlust für die SPD bis zum heutigen Tag nicht gutgemacht werden kann.

Clement hat vor Jahren im Wahlkampf die FDP und nicht seine eigene Partei unterstützt, was bei jedem anderen den sofortigen Parteiausschluss zur Folge gehabt hätte. Nicht aber bei ihm. Und die, die ihm seinerzeit applaudierten, machten und machen einfach weiter, als sei nichts geschehen. Die SPD unterschätzt das Gedächtnis des Publikums, und

*Selbst geschaffene
Probleme*

sie beleidigt die Intelligenz der politisch Interessierten, indem sie ihnen eine fantasielose Inszenierung des politischen Spiels vorsetzt, die niemand, schon lange nicht junge Leute, mitreißt. Mit biederem Handwerk und zur Schau getragener Unschuldsmine erzeugt man keine Aufbruchsstimmung. Dabei ist überall in der Gesellschaft unter der Oberfläche allgemeiner Zufriedenheit die wachsende Unruhe spürbar. Eine auf Kosten der europäischen Nachbarn erzielte »Schwarze Null« und ständig weiter steigende Außenhandelsüberschüsse bieten jedenfalls keine Gewähr für eine gedeihliche Zukunft.

Und die angeblich so mächtige Kanzlerin? Genau besehen spielt sie, wenn es um die wichtigen Zukunftsfragen geht, allenfalls eine untergeordnete Rolle als willige Vollstreckerin von Entwicklungen, die von den großen Konzernen und der Finanzelite aufs Gleis geschoben werden und die sie anschließend ein ums andere Mal für alternativlos erklärt. Die Demokratie in Deutschland und in Europa ist schon heute weitgehend jene »marktkonforme Demokratie«, die Frau Merkel seit Jahren empfiehlt. Aber eine marktkonforme Demokratie ist gar keine Demokratie, weil sie aus Polisbürgern Konsumenten macht und die demokratische Öffentlichkeit durch ein Geflecht privater Beziehungen ersetzt.

Willy Brandt, der letzte Parteivorsitzende, der noch gelegentlich ohne falsche Scheu die notwendige Pragmatik der Parteiarbeit an übergeordneten Werten maß, hat die SPD stets als die eigentliche Partei der Freiheit verstanden: »Von Freiheit verstehen wir mehr«. Er hatte dabei nicht das abstrakte liberale, sondern das sozialdemokratische Freiheitsverständnis im Sinn, das nicht nur Freiheitsrechte proklamiert, sondern sich auch um die Realbedingungen ihrer Inanspruchnahme kümmert, dem die Ebenbürtigkeit (man könnte auch sagen: die Gleichheit) aller Gesellschaftsmitglieder Voraussetzung für Freiheit ist. Angesichts der dreisten Übergriffe der Geheimdienste und des nicht minder dreisten Versuchs der großen Konzerne und des internationalen Finanzkapitals über sogenannte »Freihandelsabkommen« die Politik in Europa und in der ganzen Welt in wesentlichen Teilen zu ihrer Privatsache zu machen, sollte eine selbstbewusste SPD doch eigentlich in vorderster Front sein, wenn es darum geht, die Demokratie zu verteidigen.

Natürlich, eine mutigere programmatische Profilierung allein garantiert noch nicht, dass die SPD binnen weniger Jahre wieder zur bestimmenden Kraft in Deutschland wird. So einfach sind die Dinge nicht. Aber sie könnte dazu beitragen, die sanft entschlafene Parteibasis zu mobilisieren, junge Menschen wieder für Ideen und Projekte der Sozialdemokratie zu begeistern, frustrierte Nichtwähler für die parlamentarische Demokratie zurückzugewinnen und mehr Personen mit Ausstrahlung und politischem Mut in die Führungsfunktionen zu bringen. Der Rest ist und bleibt Kärnerarbeit, das also, was die gute alte SPD seit eh und je mit Zähigkeit und durchaus auch mit Würde erledigt. Aber vielleicht ist auch diese dann etwas weniger frustrierend, als wenn wir weiter darauf setzen, durch Fleiß und Vasallentreue zur Großen Koalition und durch den Verzicht auf eine klar umrissene eigene Position schließlich doch noch vom Wähler belohnt zu werden.



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Soeben im Verlag J.H.W.Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de